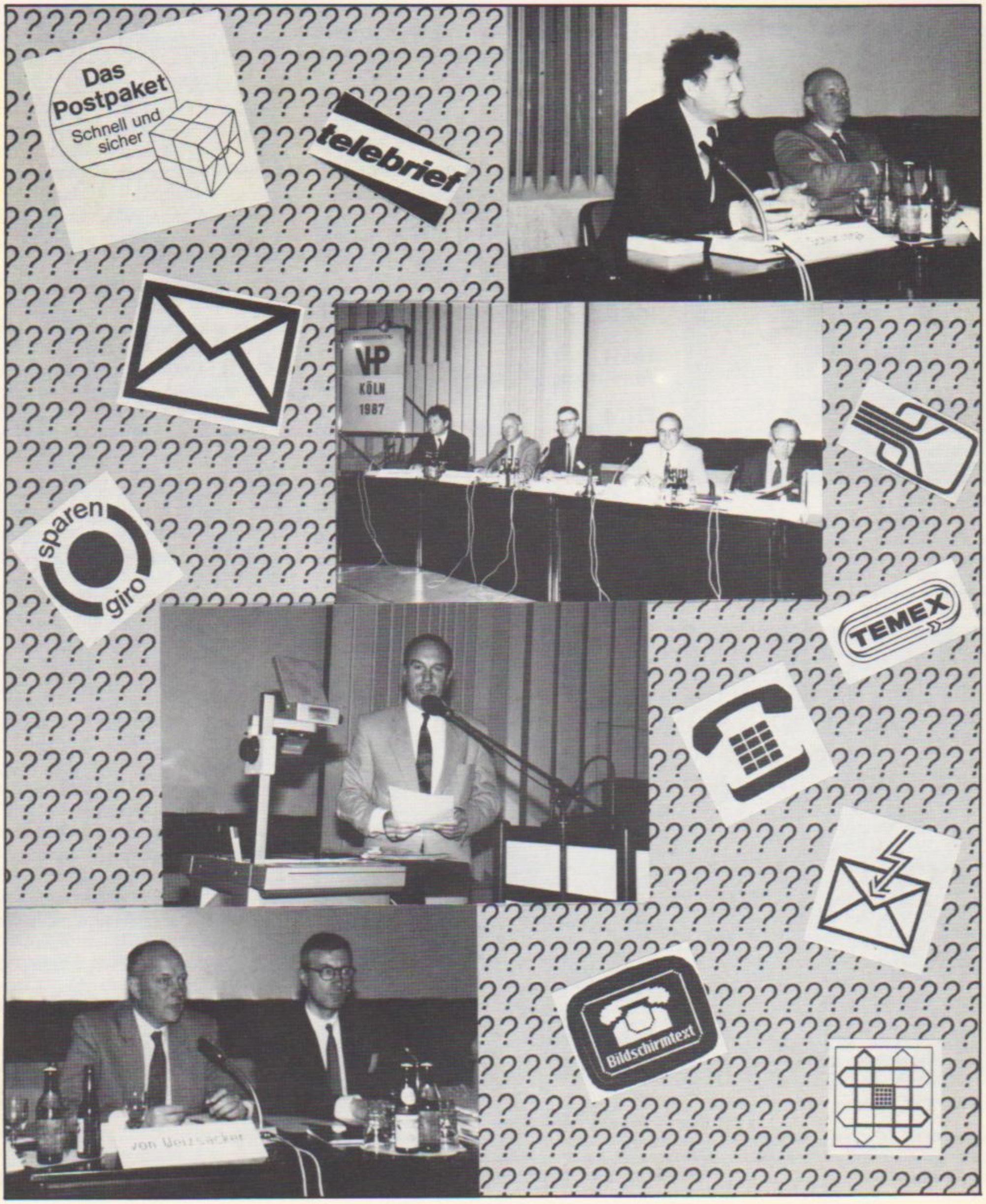
VP Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost
23. Jahrgang · Heft 5 · Oktober 1987



INHALTSVERZEICHNIS

Zum Titelbild:

Mit der Veröffentlichung der Podiumsdiskussion über die Perspektiven zur Ordnung des Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland schließen wir die Berichterstattung zum diesjährigen Delegiertentag in Köln ab.
(Fotos: Werner Heise)

Johann Paffen
Aus der Arbeit des Bundesvorstandes 3

Wir gratulieren 4

Erstes Ergebnis 5

Perspektiven zur Ordnung des Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland 8

Volker Drescher, Karl Hoffmann, Jürgen Sommer
Das Rahmenprogramm des Delegiertentages '87 in Köln 15

Frieder Lauxmann
Kleine Anmerkungen zu großen Denkern 16

Horst Plath
Am Anfang war es noch ein Wort 17

FITCE 19

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 12 00, 4600 Dortmund 1.
Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Horst Plath; Peter Schmedes.
Anzeigenverwaltung: Fred Dittmer.
Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon (0 40) 2 39 56 50 und 63 88 46 10.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

AUS DER ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES

Gespräch der AhD mit MdB Gerster

Am 21. 07. 87 führten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes (AhD) in Mainz ein Parlamentarier-Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Gerster, der als Nachfolger des aus dem Bundestag ausgeschiedenen Herrn Broll zum neuen innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestellt worden ist. An diesem Gedankenaustausch nahm auch unser Bundesvorsitzender Johann Paffen für die AhD teil. Bei dem Gespräch ging es in erster Linie darum, dem MdB Gerster, der bisher mit der Beamten- und Besoldungspolitik weniger befaßt war, unsere Arbeitsgemeinschaft und ihre Ziele vorzustellen.

Dabei zeigte er Verständnis dafür, daß eine kleine Gruppe wie die höheren Beamten ihre berufspolitischen Interessen selbst in die Hand nimmt, und brachte zum Ausdruck, es sei Aufgabe der Politik und der Politiker, auch solchen Minderheitsgruppierungen, die weder über ein Streikrecht verfügten noch als Wählerpotential von Bedeutung seien, zu ihrem Recht zu verhelfen.

An konkreten Problemen wurden insbesondere die Nivellierung, die Absenkung der Eingangsbesoldung, der Beförderungsstau, die sog. Harmonisierung der Altersversorgung sowie die Teilzeitbeschäftigung von Beamten angesprochen. Auch der Berichtsentwurf, der Bundesregierung zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts war Gegenstand des Gesprächs. Dabei stimmten alle Gesprächspartner der Feststellung in dem Entwurf zu, daß die ständige Sicherung eines ausreichenden und qualifizierten Nachwuchses für den öffentlichen Dienst besonders wichtig sei.

Beide Seiten des Gesprächs erkannten an, daß es angesichts der ungünstigen Haushaltslage der öffentlichen Hände ein schwieriges Problem der Besoldungsstrukturpolitik ist, einerseits die Beamten des einfachen Dienstes aus der Nähe des Sozialhilfesatzes wegzubringen und andererseits die leistungs- und verantwortungsbezogene Abstufung der Besoldungsgruppen mit einem angemessenen Spannungsverhältnis zu erhalten.

MdB Gerster wandte sich ausdrücklich gegen die Aufgabe des eigenständigen Versorgungssystems der Beamten und sprach sich auch gegen eine Heranziehung der Beamten zu ihrer Altersversorgung in Form von offenen Beiträgen aus.

Gespräch mit MdB Pfeffermann

Am 04. 09. 87 führte der Bundesvorstand (Paffen, Jeromin, Blankenstein, Wehran) ein Gespräch mit dem MdB Pfeffermann, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitsausschusses des Postverwaltungsrates und Vorsitzenden des Arbeitskreises Post- und Fernmeldewesen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bei diesem freimütigen Gedankenaustausch waren ausschließlich die bereits bekannt gewordenen Empfehlungen der Regierungskommission Fernmeldewesen Gegenstand der Diskussion.

Johann Paffen

Gespräch des Bundesvorstandes der VHP mit Sts Dr. Winfried Florian am 16. 07. 1987 in Bonn
Wir berichteten in Heft 4/87 unserer Zeitschrift darüber.
v.l.: PDir Dipl.-Ing. Manfred Jeromin, Stellvertretender Bundesvorsitzender der VHP; Sts Dr. Winfried Florian; VPräs Johann Paffen, Bundesvorsitzender der VHP; PDir Dipl.-Ing. Wolfgang Blankenstein, Bundesgeschäftsführer der VHP

WIR GRATULIEREN

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde Dipl.-Ing. Werner Guthknecht, Abteilungspräsident für das Hochbauwesen bei der Oberpostdirektion Karlsruhe, ausgezeichnet.

Der Orden wurde am 4. 8. im Rahmen einer kleinen Feierstunde vom Präsidenten der Oberpostdirektion, Dr. Elmar Hauptmann, überreicht.

In seiner Laudatio würdigte der Präsident das außergewöhnliche Engagement und den unermüdlichen Einsatz eines Mannes, der mit weit über dem Durchschnitt liegendem baufachlichem Können und besonderem organisatorischen Geschick sowohl bei der Post als auch darüber hinaus sehr viel geleistet und erreicht hat.

Abteilungspräsident Dipl.-Ing. Werner Guthknecht wurde am 09. 01. 25 in Ahlen geboren, studierte an der Technischen Universität Berlin und wurde nach einem gewonnenen universitätsinternen Wettbewerb der Fakultät Architektur wissenschaftlicher Hilfsassistent am Lehrstuhl „Baukonstruktion und Innenraumgestaltung". Nach vorübergehenden Beschäftigungen bei namhaften Architektenbüros, trat er 1956 als Technischer Angestellter bei der Oberpostdirektion Freiburg in den Postdienst ein, wurde 1958 als Regierungsbau-Referendar übernommen und 1961 zur damaligen Oberpostdirektion Tübingen versetzt, wo er als Hochbaureferent mit allen herausgehobenen und schwierigen Bauvorhaben des Bezirks betraut war.

Herausragendes Ergebnis seiner damaligen Referententätigkeit war der Neubau der Kurzwellen-Rundfunk-Sendestelle Wertachtal mit einer Bausumme von 59 Mio. DM, den er trotz erheblicher organisatorischer und personeller Schwierigkeiten unter Zeitdruck termingerecht zu den Olympischen Spielen 1972 fertigstellte.

Im Mai 1977 wurde Dipl.-Ing. Werner Guthknecht zur Oberpostdirektion Karlsruhe versetzt und im September

des gleichen Jahres zum Abteilungspräsidenten für die Hochbauabteilung ernannt. Der Beginn seiner Tätigkeit fiel in eine Zeit, in der eine große Zahl von Bauaufgaben zu lösen waren. So wurden zunächst in den Jahren 1977 bis 1981 neben zahlreichen Fernmeldebauten die Postämter Schwetzingen, Osterburken, Mannheim-Waldhof, Neckargemünd und Bretten neu gebaut und in Betrieb genommen. Allein für diese Postämter wurde ca. 13 Mio. DM verausgabt. Der Um- und Erweiterungsbau der Postämter Bruchsal und Karlsruhe 21 (Entenfang) mit über 4 Mio. DM folgten, während gleichzeitig der Neubau für das Postgiroamt Ludwigshafen fertiggestellt und bezogen wurde. In den Jahren 1982 bis 1986 wurden weitere Bauvorhaben mit zusammen über 110 Mio. DM abgewickelt; beispielhaft seien hier nur das Postamt Neustadt, die Fernmeldedienstgebäude in Karlsruhe und Heidelberg sowie die Sanierung des Hauptpostgebäudes genannt. Zur Zeit im Bau befinden sich mit Kosten von insgesamt 200 Mio. DM unter anderem das Postamt Mannheim 2, das Postamt Heidelberg 3 sowie das Postamt Karlsruhe 2 (Bahnpost).

Mit Investitionen von über 700 Mio. DM seit 1977 wurden nicht nur dringend notwendige Betriebsräume geschaffen, sondern auch ein namhafter Beitrag zur Belebung der Wirtschaft im Bauhandwerk und in der Bauindustrie geleistet. Der reibungslose Ablauf dieser im Bezirk geplanten und verwirklichten Baumaßnahmen aber war in erster Linie durch das überdurchschnittliche persönliche Engagement von Abteilungspräsident Guthknecht möglich. Durch seine Kompromißfähigkeit zwischen gestalterischen und betrieblichen Belangen hat er in behutsamer und künstlerischer Weise den Zeitgedanken historischer Bauten Rechnung getragen. Erwähnt sei nur die architektonische Gestaltung des Hauptpostgebäudes in Karlsruhe, für die er im Rahmen eines städtischen Wettbewerbs durch eine Preisverleihung seitens der Stadt Karlsruhe die verdiente Anerkennung gefunden hat.

Sein Fleiß und seine persönliche Aufgeschlossenheit haben Dipl.-Ing. Guthknecht neben der dienstlichen Tätigkeit weitere Aufgaben übernehmen lassen. So ist er seit 1957 Mitglied der Architektenkammer des Landes Baden-Württemberg, war von 1974 bis 1977 gewählter Abgeordneter und Mitglied im Wettbewerbsausschuß der Architektenkammer Baden-Württemberg und war in mehreren Fällen als Preisrichter tätig.

Präsident Dr. Hauptmann dankte seinem Abteilungspräsidenten für die „sichtbar" erfolgreiche Tätigkeit und wünschte ihm weiterhin ein erfolgreiches Wirken.

Auch der Bundesvorstand und die Redaktion freuen sich über die Würdigung seiner Verdienste. Herr Guthknecht hat als Bezirksvorsitzender und jetzt als Mitglied im Bundesvorstand die Interessen der Kollegen aktiv und engagiert vertreten.

Wir wünschen ihm für die weitere Arbeit viel Erfolg.

ERSTES ERGEBNIS

Zusammenfassung des Berichtes der Regierungskommission Fernmeldewesen

Durch das Zusammenwachsen der Märkte des Fernmeldewesens (Telekommunikation) und der Datenverarbeitung, verursacht durch die Entwicklung der Mikroelektronik als Basistechnologie, bieten sich erweiterte Möglichkeiten der ordnungspolitischen Gestaltung von Netzen, Dienstleistungen und Endgeräten an. Ausbau und Weiterentwicklung der vorhandenen Netze zu einem integrierten Universalnetz und darüber hinaus zu einem umfassenden Breitbandnetz sind eine bedeutsame Zukunftsaufgabe. Ihre Erfüllung verlangt erhebliche Investitionen. Über die Infrastrukturaufgaben hinaus sind neue Anstrengungen zu unternehmen, bedarfsgerechte, innovative und im Preis-Leistungs-Verhältnis angemessene Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten für Wirtschaft und private Haushalte zu schaffen. Dafür ist eine Intensivierung des Wettbewerbs auf den Telekommunikationsmärkten erforderlich. Neben dem Angebot von Universaldiensten an jedermann wird eine zusätzliche Orientierung an den spezifischen Kommunikationsbedürfnissen unterschiedlicher Teilnehmer notwendig.

Um der veränderten Aufgabenstellung zu entsprechen, ist eine Neuordnung der Telekommunikationsmärkte zu erwägen, die der Deutschen Bundespost einen hinreichenden Gestaltungsspielraum gewährt und gleichzeitig den Wettbewerb mit privaten Unternehmen öffnet.

Im einzelnen gelangt die Kommission zu den folgenden Feststellungen (F) und Empfehlungen (E):

F 1 Die Bundespost hat eine technisch hochwertige, zuverlässige und flächendeckende Infrastruktur der Telekommunikation realisiert. Der Ausbau des bestehenden Netzes für digitale und integrierte Dienste ist eingeleitet. Nur eine verstärkte Orientierung des Dienstleistungsangebotes am Kommunikationsbedarf wird zur intensiven Nutzung der neuen Infrastruktur führen.

Handlungsbedarf und Handlungsrahmen

F 2 Es ist zu prüfen, inwieweit öffentliche und private Unternehmen an der Errichtung und dem Betreiben von Netzen sowie dem Anbieten von Dienstleistungen und Endgeräten mitwirken sollen und dürfen.

F 3 Telekommunikation- und Datenverarbeitung stellen einen Wirtschaftssektor dar, der für die zukünftige Entwicklung des Sozialprodukts, des Exports und des Arbeitsmarktes von hervorragender Bedeutung ist.

F 4 Das bestehende Fernmeldemonopol ist durch einfache Gesetzgebung (§ 1 Fernmeldeanlagengesetz) geschaffen worden. Nach überwiegender Ansicht besteht ein verfassungsrechtlicher Monopolschutz nicht.

F 5 Eine Privatisierung des Fernmeldewesens würde erhebliche verfassungsrechtliche Risiken auslösen (Artikel 87 Grundgesetz).

Entwicklung im Ausland

F 6 In den USA, in Großbritannien und Japan wurde das Telekommunikationssystem tiefgreifend verändert: Staatliche Unternehmen wurden privatisiert, private Monopole entflochten und der Wettbewerb auf den Ebenen der Netze, Dienstleistungen und Endgeräte geöffnet.

F 7 Liberalisierende Maßnahmen sind in Frankreich, den Niederlanden, Belgien und in der Schweiz eingeleitet. Die europäische Gemeinschaft fordert und empfiehlt die Liberalisierung der Telekommunikation.

Ordnungspolitische Dimensionen

F 8 Die zu beantwortenden ordnungspolitischen Fragen richten sich auf:
— die Aufgaben öffentlicher und privater Unternehmen,
— die Gewährung eines Monopols bzw. die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen,
— die Orientierung des Angebots mehr am allgemeinen oder mehr am speziellen Bedarf,
— den Grad staatlicher Regulierungseingriffe,
— die Verbindung oder Trennung von Hoheits- und Unternehmensaufgaben.

F 9 Die Bundespost wird nicht als Ganzes, sondern lediglich mit ihrem Fernmeldebereich in die Betrachtung einbezogen. Dieser wird im folgenden als TELEKOM bezeichnet.

Netze

Die Kommission hat die Frage des Monopols oder des Wettbewerbs auf den folgenden Argumentationsebenen diskutiert:
— Besteht ein natürliches Monopol?
— Ist zur Sicherstellung einer flächendeckenden und einheitlichen Infrastruktur das Monopol der TELEKOM notwendig oder kann die Infrastrukturaufgabe auch durch konkurrierende Netze erfüllt werden?
— Besteht ein Konflikt zwischen der Deckung eines allgemeinen, gleichen Bedarfs und eines differenzierten Bedarfs? Sollen gegebenenfalls Prioritäten gesetzt werden?
— Ist ein Netzmonopol zur Erhaltung der Ertragskraft der TELEKOM im Interesse der Finanzierung langfristiger Investitionen, der Erfüllung politischer Auflagen, der Ablieferung an den Bund und der Subventionierung des Postwesens notwendig?
— Ist Netzwettbewerb zum Abbau von Tarifverzerrungen, zur innovativen und preiswerten Deckung des Bedarfs und im Interesse der Kostensenkung notwendig?
— Soll der Wettbewerb zwischen TELEKOM und privaten Unternehmen auf allen Ebenen der Telekommunikation (Netze, Dienstleistungen, Endgeräte) geöffnet werden, oder soll die Infrastrukturaufgabe der TELEKOM auferlegt, dagegen die Nutzung der Infrastruktur sowie der Bereich der Endgeräte privaten Unternehmen zugeordnet werden?
— Welche der ordnungspolitischen Lösungen ist unter den organisatorischen Prinzip der Einfachheit vorzuziehen?

Nach Abwägung der vielfältigen Argumente wurde der folgende Vorschlag zur Abstimmung gestellt:
Nach einer angemessenen Übergangszeit werden Lizenzen zur Errichtung eines oder mehrerer konkurrierender Netze neben den Netzen der TELEKOM zugelassen.
Der Vorschlag erhielt keine Mehrheit (Stimmenverhältnis 6:6).
Die folgende Empfehlung E 1 wurde im Stimmenverhältnis von 10:2 beschlossen. Alle weiteren Empfehlungen wurden mit deutlicher Mehrheit oder sogar einstimmig beschlossen:
E 1 Die TELEKOM behält das Netzmonopol, solange sie Mietleitungen (Festverbindungen) zu angemessenen und wettbewerbsfähigen Bedingungen entsprechend dem qualitativen und quantitativen Bedarf anderen überläßt. Die Bundesregierung wacht über die Entwicklung des Wettbewerbs. Die Überprüfung der Entwicklung erfolgt jeweils nach drei Jahren. Im Falle einer nicht befriedigenden Marktentwicklung läßt die Bundesregierung die Errichtung konkurrierender Netze zu.
E 2 Die bestehenden Befugnisse zur Genehmigung von privaten Fernmeldeanlagen sollten weitestgehend genutzt werden.
E 3 Kabelverbindungen zwischen mehreren, einem Besitzer mehrheitlich gehörenden oder zu seinem Betrieb gehörenden Grundstücken sind genehmigungsfrei, wenn sie ausschließlich für den der Benutzung der Grundstücke entsprechenden unentgeltlichen Verkehr bestimmt sind.
E 4 Der individuelle Datenverkehr niedriger Bitraten über Satelliten (point-to-point) unterliegt nicht dem Netzmonopol. Dasselbe gilt für die einseitig gerichtete Datenverteilung (point-to-multipoint).

E 5 Die Bundesregierung kann Infrastrukturauflagen für die TELEKOM festlegen.
F 10 Die Infrastrukturauflagen können sich auf die flächendeckende Versorgung, den Kontrahierungszwang, die Gleichbehandlung der Kunden, die Tarifeinheit im Raum und die Sicherung für den Katastrophen-, Krisen- und Verteidigungsfall beziehen.
E 6 Die TELEKOM wird durch geeignete Maßnahmen, beispielsweise des Finanzausgleichs, in die Lage versetzt, Infrastrukturauflagen für das Gemeinwohl erfüllen zu können.
E 7 Die Maßnahmen zur Sicherung der Infrastrukturauflagen dürfen nicht zu einem unfairen Wettbewerb zwischen der TELEKOM und ihren privaten Konkurrenten führen.
E 8 Die innerbetrieblichen Verrechnungspreise für die Netznutzung durch die Dienstleistungsbereiche der TELEKOM sollen den Tarifen entsprechen, die privaten Wettbewerbern für die Netznutzung berechnet werden.
F 11 Öffentliche Sprechstelles des Telefondienstes sind Bestandteile des Netzes.
E 9 Der Betrieb öffentlich zugänglicher Sprechstellen durch Private wird freigestellt.

Dienstleistungen

F 12 Es werden die folgenden Gattungen von Dienstleistungen der Telekommunikation unterschieden: Monopolleistungen, Pflichtleistungen und freie Leistungen. Hierzu werden unterschiedliche ordnungspolitische Empfehlungen vorgelegt.
E 10 Die TELEKOM behält das Monopol am Telefondienst. Alle anderen Dienstleistungen der Telekommunikation werden im Wettbewerb angeboten.
F 13 Unter Telefondienst wird die reine Sprachübermittlung verstanden. Die Speicherung oder Umformung der Signale (z. B. Voice Mail) sowie die Integration der Sprache mit der Text-, Bild- oder Datenkommunikation sind vom Monopol nicht betroffen.
E 11 Die Tarife für Monopolleistungen (Festverbindungen und Telefon) bedürfen der Genehmigung durch den Bundesminister für Post und Telekommunikation (BMPT) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft. Die Tarife sollen sich grundsätzlich an den Kosten orientieren. Der BMPT prüft vor der Genehmigung die Angemessenheit der Tarife.
E 12 Die Tarifverzerrungen im Telefondienst, die vorwiegend in überhöhten Ferntarifen und tendenziell in nichtkostendeckenden Nahtarifen bestehen, sind abzubauen.
F 14 Pflichtleistungen sind Dienstleistungen, die die TELEKOM erbringen muß. Diese Leistungen werden im Wettbewerb mit privaten Unternehmen angeboten, wobei für Private keine Leistungspflicht besteht.
E 13 Die Pflichtleistungen werden durch Gesetz oder Rechtsverordnung festgelegt.
F 15 Freie Leistungen sind unreguliert. Sie können sowohl von der TELEKOM als auch von privaten Unternehmen angeboten werden. Ein Monopol oder eine Leistungspflicht besteht nicht.
E 14 Private Unternehmen erhalten das Recht, alle Dienstleistungen der Telekommunikation mit Ausnahme des Telefondienstes zu erbringen.
E 15 Die TELEKOM soll neben dem Telefondienst und den Pflichtleistungen freie Leistungen nach eigenem Ermessen anbieten.
E 16 Weder die Anbieter freier Leistungen noch die freien Leistungen selbst oder ihre Preise unterliegen einer Anmeldungs- oder Genehmigungspflicht.
F 16 Wegen der weitgehenden Beibehaltung des Netzmonopols können Private ihre Dienstleistungen grundsätzlich nur auf Fest- und Wählverbindungen realisieren, die von der TELEKOM zu überlassen sind.

E 17 Jeder Nachfrager soll einen Rechtsanspruch auf Überlassung von Festverbindungen (Mietleitungen) erhalten.
E 18 Privaten Dienstleistungsunternehmen wird gestattet,
— Festverbindungen mit Festverbindungen,
— Festverbindungen mit Wählverbindungen,
— Wählverbindungen mit Wählverbindungen

zusammenzuschalten.
E 19 Nutzungsabhängige Tarife für Festverbindungen sollten im Interesse einer Aktivierung des Wettbewerbs im Netz nach und nach deutlich gesenkt werden.

Endgeräte

E 20 Der Teilnehmer erhält das Recht, einen Netzabschluß installieren zu lassen, der ihm den Anschluß eines Gerätes seiner Wahl erlaubt (Steckerlösung). Dies gilt auch für den analogen Telefonanschluß.
F. 21 Die TELEKOM soll kein Monopol für das Angebot oder die Wartung von Endgeräten besitzen. Dies gilt auch für den Telefonapparat am einfachen Hauptanschluß.
E 22 Die Preise der von der TELEKOM und von privaten Unternehmen angebotenen Endgeräte bedürfen nicht der Genehmigung.
E 23 Die TELEKOM soll am Wettbewerb auf dem Endgerätemarkt teilnehmen. Sie darf Endgeräte verkaufen, vermieten und warten.
E 24 Die TELEKOM muß berechtigt und befähigt werden, Software für Netze, Dienstleistungen und Endgeräte selbst zu entwickeln.
E 25 Die TELEKOM benötigt eine hinreichende Forschungskapazität, um an der Innovation der Netze, Dienstleistungen und Endgeräte aktiv teilnehmen zu können.
E 26 Die TELEKOM soll gegenwärtig nicht die Produktion von Geräten aufnehmen.
E 27 Die Zulassungsstelle für Endgeräte der Telekommunikation wird als selbständige Behörde direkt dem Bundesminister für Post und Telekommunikation unterstellt. Auch die Geräte der TELEKOM bedürfen der Zulassung.
E 28 Die Zulassungsstelle prüft, ob das vorgestellte Gerät das Netz oder die Kommunikationspartner stört oder gefährdet.
E 29 Der Bundesminister für Post und Telekommunikation soll für ein einfaches Zulassungsverfahren hinsichtlich der administrativen Anforderungen, der Prüfzeit und der Kosten sorgen.

Strukturelle Konsequenzen für die Bundespost

E 30 Die Hoheitsaufgaben werden von den Unternehmensaufgaben organisatorisch getrennt.
E 31 Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation nimmt als eigenständiges Ministerium die Hoheitsaufgaben wahr.
E 32 Der Bundesminister für Post und Telekommunikation überwacht die Erfüllung der Unternehmensaufgaben.
E 33 Der Haushalts-/Wirtschaftsplan der TELEKOM wird vom Bundesminister für Post und Telekommunikation im Benehmen mit dem Bundesminister für Finanzen genehmigt.
E 34 Das Postwesen und das Fernmeldewesen werden organisatorisch getrennt.
E 35 Im Interesse der Entwicklung der Telekommunikation ist es notwendig, die Subventionen der TELEKOM an das Postwesen innerhalb von fünf Jahren stufenweise abzubauen. In jedem Fall sollen sie gesondert im Haushalt der TELEKOM ausgewiesen werden.
E 36 Der Fernmeldebereich der Deutschen Bundespost bleibt ein öffentliches Unternehmen und Bestandteil des Sondervermögens des Bundes.
E 37 Die Vorstandsmitglieder des Unternehmens stehen zum Bund in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. Dasselbe gilt für die zweite Leitungsebene.
E 38 Als Teilbereiche der TELEKOM werden das Netz, die Monopolleistungen, die Pflichtleistungen, die freien Leistungen und die Endgeräte in Teilwirtschaftsplänen mit getrennter Jahresrechnung geführt. Etwaige innerbetriebliche Finanzausgleiche müssen erkennbar werden.
E 39 Die Unternehmensbereiche für freie Leistungen und Endgeräte sind organisatorisch und rechnerisch so zu behandeln, daß die Übertragung von Monopolgewinnen in den Wettbewerbsbereich wirksam verhindert werden. Durch Testat einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird jährlich festgestellt, ob dieser Forderung entsprochen worden ist.
E 40 Für freie Leistungen und ergänzende Geschäftsfelder können Tochtergesellschaften der TELEKOM in privater Rechtsform gegründet werden, um außerhalb der Bindungen an das öffentliche Haushalts- und Dienstrecht im Wettbewerb aktiv agieren zu können. Auch Gemeinschaftsgründungen der TELEKOM mit privaten Unternehmen sind zu erwägen.
E 41 Für die Rechtsbeziehungen zwischen der TELEKOM und ihren Kunden soll privates Recht gelten.
E 42 Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen ist es ratsam, die TELEKOM anstelle der Ablieferungspflicht der Mehrwertsteuerpflicht zu unterziehen. Diese Regelung soll zumindest für die im Wettbewerb befindlichen Pflichtleistungen und freien Leistungen sowie für die Endgeräte kurzfristig realisiert werden. Für die Monopolleistungen soll sie nach einer angemessenen Übergangsfrist ebenfalls eingeführt werden.
E 43 Nach einem Übergang von der Ablieferung zur Mehrwertsteuer unterliegt die TELEKOM wie eine Kapitalgesellschaft allen anderen Steuerpflichten.
E 44 Die Regelung der Gewinnverwendung orientiert sich zweckmäßig am Aktienrecht.
E 45 Pensionsrückstellungen sollen nur für Pensionsverpflichtungen gebildet werden, die nach dem 1. 1. 1987 eingegangen wurden.
E 46 Die Stellenobergrenzenregelung, die Belohnungsverfahren, die Gewährung von Vergütungen auf besonders schwierigen Dienstposten sowie die finanziellen Bedingungen zur Nachwuchsgewinnung sind flexibler zu gestalten und leistungsbezogener anzuwenden.
E 47 Durch Personalkostenbudgetierung für Unternehmensbereiche und dezentrale Organisationseinheiten wird der TELEKOM größere Flexibilität des Personaleinsatzes eingeräumt.

PERSPEKTIVEN ZUR ORDNUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEU

Prodiumsdiskussion auf dem Delegiertentag der VHP in Köln am 8. Mai 1987

Das Ergebnis der Regierungskommission Fernmeldewesen liegt inzwischen der Bundesregierung zur Stellungnahme vor. Wir veröffentlichen dennoch diese während des Delegiertentages in Köln am 8. Mai 1987 gehaltene Podiumsdiskussion, da die dort geäußerten Ansichten und Perspektiven für eine Meinungsbildung sehr wesentlich sind.

Teilnehmer:
Dr.-Ing. Wolfgang Peters, SEL AG, Stuttgart
Professor Jr. Tjakko Schuringa, EG, Brüssel
Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker, Universität Köln
VPräs Dipl.-Ing. Paul Burkhart, OPD Stuttgart
Moderation:
PDir Dipl.-Ing. Manfred Jeromin, stellv. Bundesvorsitzender

Herr Jeromin begrüßt Gäste und Zuhörer und stellt das Thema vor. Er fragt, ob ein solches Thema in den Delegiertentag hineingetragen werden sollte, zumal kein Raum bestehe, das Für und Wider in eingehender Diskussion darzulegen. Hinzu komme, daß gerade aus dem Kreis der unmittelbar Beteiligten (Ministerium, Regierungskommission) niemand zum jetzigen Zeitpunkt Stellung beziehen könne. Dennoch sei eine Diskussion dieses Mittelpunktthemas zur Meinungsbildung nötig, um sich über Für und Wider zu informieren und an der eigenen Position zu reflektieren.
Herr Jeromin nennt weitere Beweggründe:
Im Bereich des Fernmeldewesens wird die für 1985 eingesetzte Regierungskommission in Kürze ihre Empfehlungen vorlegen. Danach wird die Bundesregierung das Post- und Fernmeldewesen neu strukturieren und Maßnahmen zu einer verbesserten Marktöffnung ergreifen.
In einer Pressemitteilung des BPM heißt es: Die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens wird auf der Basis der Empfehlungen der Regierungskommission in Angriff genommen und zügig umgesetzt. Der Minister sieht die Neustrukturierung als eine der wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode an, damit dieser wachstumsorientierte Markt der Informations- und Kommunikationstechnik optimale Bedingungen erhält.
Aus Indiskretionen der Arbeit der Regierungskommission ist zu entnehmen: Trennung von Hoheits- und Betriebsaufgaben der DBP; Trennung der Bereiche Telenetz und Teledienst, d. h. Monopol- und Wettbewerbssektor; privatorientiertes Management nach Bundesbahnmodell.
Dies alles macht es notwendig, diese Dinge zu diskutieren.
Herr Jeromin stellt das Podium vor und bittet die Mitglieder, zunächst ein grundsätzliches Statement abzugeben.
Herr Prof. von Weizsäcker beginnt mit Überlegungen zum Begriff des Wettbewerbs und hier zur Rollenverteilung zwischen Staat und Markt.
Das Grundgesetz der Bundesrepublik und die Wirtschaftsverfassung, die auf diesem Grundgesetz aufbaut, ist weitgehend auf dem Prinzip des Wettbewerbs gegründet, und das Prinzip des Wettbewerbs ist ja dasjenige, mit dessen Hilfe man die Entscheidungen in einer Gesellschaft dezentralisieren kann. Es ist deshalb das Korrelat zu dem, was wir politisch Freiheit nennen. Eine Gesellschaft ohne Wettbewerb ist auch immer eine Gesellschaft ohne Freiheit.
Der Wettbewerb habe zur höheren Effizienz beizutragen. Dennoch seien nicht alle Bereiche geeignet, dem Wettbewerb ausgesetzt zu werden. Er definiert die Grenze durch das, was Verfassungsrechtler das Gewaltmonopol des Staates nennen.
Es gibt einen großen Bereich, in dem eigentlich von diesem Gewaltmonopol nicht gesprochen werden kann und dennoch der Wettbewerb ausgeschaltet ist. Dazu gehört bisher weitgehend das Post- und Fernmeldewesen.
Prof. von Weizsäcker teilt die Bürger dann in zwei Klassen ein: Solche, die ihr Einkommen im Wettbewerbssektor und solche, die ihr Einkommen außerhalb dieses Bereiches erzielen. Die erste Gruppe müsse ständig am Markt gefragte Leistung erbringen. Dieser Druck des Wettbewerbs führe dazu, das sich Verfügungsgewalt nicht entwickeln könne.
Dies ist ein gesundes Prinzip der Ausbalancierung der Kräfte in unserer Gesellschaft und es ist bedenklich, wenn ein zu großer Teil der Gesellschaft diesem Wettbewerb entzogen ist. Es ist eigentlich eine Art Anrecht auf ein Maximum an Wettbewerb für denjenigen vorhanden, der selbst dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Wenn er im Sinne der Verbesserung seiner Effizienz und der Produktivität, die dem Kunden durch niedrigere Preise und bessere Qualität zugute kommt, sich zusätzlich anstrengen muß, dann kann er eigentlich ein Anrecht darauf haben, daß möglichst viele andere diesem Wettbewerbsdruck ebenfalls ausgesetzt sind.
Er erinnert an das einmal von Karl Schiller formulierte Prinzip ‚Soviel Wettbewerb als möglich, soviel Staat als notwendig' und geht dann auf die nationale Nichtdiskriminierung im europäischen Bereich, der EG ein. Auch hier werde ein funktionsfähiger Wettbewerbsmarkt benötigt, um Diskriminierung zu verhindern. Wenn staatliche Organisationen auf einem Markt als Käufer aufträten, seien unter dem Druck nationaler Anbieter gegenüber ausländischen Anbietern Bevorzugungen nicht auszuschließen.
Jedenfalls gibt es keinen letztlich objektiven Test, um festzustellen, ob Diskriminierung oder Nichtdiskriminierung stattfindet. D. h. also, die Entstaatlichung von Entscheidungen ist in einem großen Ausmaß die Folge des Postulats der Nichtdiskriminierung, auf dessen Basis natürlich die Europäische Gemeinschaft vielleicht in Zukunft auch als politischer Raum funktionieren muß.
Und nun zur Fernmeldepolitik. Die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten haben gezeigt, daß das Fernmeldewesen zumindest zu einem großen Teil funktionsfähig ist, wenn es dem Wettbewerb ausgesetzt ist. Man kann darüber streiten, ob es besser funktionsfähig ist als unter einer Monopolverwaltung oder schlechter

G DES FERNMELDEWESENS UTSCHLAND

funktionsfähig, jedenfalls ist es im Grundsatz funktionsfähig. Daher bedeutet das Prinzip ‚Soviel Wettbewerb als möglich, sowenig Staat als nötig', daß auch wir im einzelnen überprüfen müssen, wo im Fernmeldebereich zusätzliches Potential für den Wettbewerb vorliegt. Dieses Grundprinzip sollten wir immer vor Augen haben. Die Beweislast hat derjenige, der Bereiche aus dem Wettbewerb herausnehmen will und nicht derjenige, der für Wettbewerb plädiert.

Er geht dann auf die volkswirtschaftliche Rolle des Wettbewerbs am Beispiel der Mehrwertdienste ein.

Ich möchte eine Analogie verwenden. Im 18. Jahrhundert ist von James Watt und anderen die Dampfmaschine erfunden worden, die die industrielle Revolution eingeleitet hat, indem sie neue Formen der Energieausnutzung ermöglichte. Diese Dampfmaschine hat zu erheblichen Rationalisierungsvorteilen geführt, die dadurch entstanden, daß die Produktion konzentriert wurde, sozusagen um eine Dampfmaschine herum, und dann in großen Stückzahlen produziert wurde. Die Grenze lag in den hohen Transportkosten. Im 19. Jahrhundert ist dann die Eisenbahn dazu erfunden worden. Man hat dasselbe Prinzip Dampfmaschine verwendet, um nun auch die Transportkosten wesentlich zu senken. Indem man die Eisenbahnen aufgebaut hat, um dadurch erst die Dampfmaschine über ihre ursprüngliche, stationäre Form hinaus volkswirtschaftlich zur Geltung kommen zu lassen, können durch die infolge der Eisenbahn wesentlich gesunkenen Transportkosten die Märkte vergrößert werden und damit Größenvorteile, die Kostendegression, im Industrialisierungsprozeß erst voll ausgenutzt werden.

Die Mehrwertdienste stehen zum Computer, der in den letzten Jahrzehnten seinen Siegeszug angetreten hat, im gleichen Verhältnis wie die Eisenbahn zur Dampfmaschine. Sie sind dasjenige, was den Computer überlokal verfügbar macht, das den Informationstransport, den der Computer mit sich bringt, erst ermöglicht. Andererseits sind, genauso wie die Eisenbahn damals auf Transportmittel angewiesen war, auch die Mehrwertdienste natürlich auf den Computer angewiesen. Wenn wir das so sehen, dann könnte man sich vorstellen, daß Mehrwertdienste im Verhältnis zum Computer die gleiche Bedeutung haben, wie die Eisenbahn im Vergleich zur Dampfmaschine. Und an diesem Vergleich können Sie ermessen, welche zentrale Bedeutung die Mehrwertdienste haben.

Nun glaube ich, daß eine Fülle von Mehrwertdiensten möglich ist und daß der Markt ein besserer Entdecker des Potentials neuer Produktionsverfahren ist als der Staat. Die Mehrwertdienste müssen weitgehend dem Markt eröffnet werden. Dieses ist eins der wesentlichen Motive dafür, daß in den Vereinigten Staaten die Deregulierung im Fernmeldebereich stattgefunden hat. Aus der gleichen Erkenntnis heraus hat man in Japan ähnliche Schritte unternommen.

M. E. ist das zumindest auch in der Bundesrepublik zu leisten, wenn man sich in diesem Bereich der Mehrwertdienste nicht von den führenden Industrienationen, den Vereinigten Staaten und Japan, abhängen lassen will als Anbieter, aber auch als Nutzer. Es ist zu gewährleisten, daß die Mehrwertdienste voll liberalisiert werden, d. h. also, daß es nicht eine Art Oberaufsicht oder auch Detailreglementierungen im Mehrwertbereich durch ein staatliches Monopolunternehmen wie die Bundespost gibt, sondern daß diese sich frei entfalten können. Dieses nur zu diesem Bereich. Daraus ergeben sich eine ganze Reihe von Konsequenzen in Bezug darauf, wie der Fernmeldebereich insgesamt organisiert werden müßte.

Herr Prof. Schuringa setzt sich in seinem Statement mit den Einflüssen von Entwicklungen im Ausland auf die Fernmeldeinfrastrukturen in Deutschland auseinander. Fernmeldedienstleistungen hätten in der EG eine hohe Priorität erhalten, speziell die Datenkommunikation, aber auch die Telefonie auf der Basis ISDN sei nicht zu vernachlässigen. Die Digitalisierung erfordere eine europaweite oder besser weltweite Standardisierung von Funktionen. Es gäbe schon zuviele national eingeführte Dienstleistungen, die international nicht zusammenarbeiten könnten.

Ich glaube darum, daß alle gleichartigen Dienstleistungen in der Europäischen Gemeinschaft miteinander verbunden sein sollten. Allein dann kann der Fernmelde- oder der Telekommunikationssektor seine Pflicht erfüllen.

Er pflichtet Prof. von Weizsäcker bei, daß im Wettbewerb Regulierung und Ausführung nicht in einer Hand liegen dürften, und daß hier in Europa eine Trennung nötig sei.

Prof. Schuringa plädiert für eine weltweite, wenigstens europaweite Normung von Geräten und Dienstleistungen. Die Normung sollte im Rahmen der CEPT erfolgen, wobei die benötigten Experten von den nationalen Netzbetreibern zu entsenden wären. Die CEPT hätte sich dazu in ein europäisches Institut derart zu verändern, daß nationale Normung und Spezifikation im Telekommunikationsbereich nicht mehr notwendig sei.

Er sieht zwei wichtige Gründe für eine europäische Normung: Einen europaweiten Gerätemarkt und eine effiziente Verknüpfung nationaler Dienstleistungen auf europäischer Ebene.

Im internationalen Vergleich beginnt die Digitalisierung in Deutschland erst für Prof. Schuringa. Mit zunehmender Automatisierung – auch in der Verwaltung – befürchtet er einen zu hohen Personalaufwand in Deutschland.

Von einem gewissen Moment an ist die Effizienz einer Telekommunikationsadministration sehr wichtig. Man kann natürlich sagen, man hat auch seine sozialen Aufgaben, aber die Politik nimmt es nicht mehr hin, wenn dann die Dienstleistungen für Tarife angeboten werden, die viel höher sind als in anderen Ländern.

Es muß einerseits ein Weg gefunden werden, um die notwendige Digitalisierung in großem Umfang einzuführen, und andererseits eine Lösung gefunden werden für das Personal, das nicht mehr direkt notwendig ist. Ich glaube, daß es nur einen einzigen akzeptablen Weg für die deutsche Wirtschaft und für das Postpersonal gibt. Das ist die Einführung von

PERSPEKTIVEN DES FERNMELDEWESENS IN DER BUNDESREPUBLIK

Podiumsdiskussion auf dem Delegiertentag der VHP in Köln am 8. Mai 1987

neuen Dienstleistungen, die möglich wären mit der Digitialisierung des Netzes und einer umfangreichen Umschulung von Personal.

Für mich ist es noch nicht deutlich, warum diese kombinierte Aufgabe für die Deutsche Bundespost bisher noch nicht gestellt wurde.

Ich glaube, flächendeckend Fernmelde- und Teledienste bereitzustellen, benötigt keine Monopolposition. Solche Position ist aus allgemeinen, wirtschaftlichen Gründen für das Orts- und Fernnetz in Europa akzeptiert.

Man kann aber sagen, wenn man für die Bundespost die Möglichkeiten haben will, viele neue Dienste einzuführen, dann muß man der Bundespost die Freiheit geben, und das heißt dann natürlich auch, daß man dann das Monopol der Bundespost einschränkt auf Gebiete, wo das wirklich notwendig ist. Aus finanziellen Gründen, nicht aus sozialen Gründen.

Er weist auf die finanziellen Risiken hin, die die Einführung von ISDN mit sich bringt. Netz und Dienstleistungen seien für Spezialdienste heute viel interessanter geworden. Diese Spezialdienste sollten nicht durch Regelungen beschränkt werden. Allerdings müsse auch die DBP gleiche Chancen, ggf. innerhalb des ISDN, haben. Bezogen auf Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und in Japan hält Prof. Schuringa eine Trennung von Orts- und Fernnetzen für nicht zweckmäßig. Tarife sollten im Telekommunikationsbereich in europäischem Rahmen geändert werden.

Herr Dr.-Ing. Peters gibt das folgende Statement ab:

Die Fernmeldeindustrie ist an einer leistungsfähigen, innovationsfreudigen und investitionsfähigen Deutschen Bundespost interessiert. Unter Berücksichtigung des sich zunehmend verschärfenden Wettbewerbs auch im Bereich der Kommunikations- und Informationssysteme erscheinen gewisse Veränderungen jedoch überlegenswert, um eine effektive Fernmeldeinfrastruktur auch für die kommenden Jahrzehnte sicherzustellen.

Leitfaden des Statements:

Stärkeres Marketing bei Ingangsetzen neuer Dienste und Anwendungen; hierunter ist insbesondere mehr Kundennähe zu verstehen, erfahren wollen was der Markt will; weniger eine Verstärkung rein werblicher Maßnahmen. Das Entwickeln und Durchsetzen neuer Systemkonzepte und deren Anwendungen sollte einen wesentlich stärkeren Stellenwert haben.

Beispiel ISDN:

Wir haben auf Anstoß der DBP in jahrelanger, mühevoller Arbeit – Studien, Betriebsversuche, DIGON, ZZK-Versuch, ISDN-Pilotversuch – eine weltweit führende Position bei der Konzeptfindung und Festlegung wichtigter Parameter, wie Bit-Raten (144 kbit/s) und Übertragungsverfahren (Echokompensation) errungen. Selbst Länder wie USA und Japan profitieren von dieser nach wie vor weltweit geschätzten deutschen Gründlichkeit.

Während wir jedoch noch an den letzten Festlegungen arbeiten, konzentrieren, wie man gerade auf dem internationalen Switching-Symposion in Phönix sehen konnte, Fernmeldebetriebsgesellschaften dieser Länder ihre Aktivitäten bereits wesentlich stärker auf das Ingangsetzen neuer Dienste, als dies bei uns der Fall ist. Bei uns fehlt diese Klammerfunktion, da die Meinung dominiert, daß der Markt bzw. der Wettbewerb dies schon regeln würde. Das Beispiel Btx zeigt, daß diese Rechnung nicht aufgeht.

Neue Fernmeldedienste und Anwendungen entwickeln sich nach anderen Regeln, als dies z. B. bei Einführung von Videorekordern der Fall ist. Einmal muß eine kritische Kommunikationsmasse erreicht werden; zum anderen sind Wege zu finden, wie man zu wesentlich niedrigeren Endgerätepreise und zu vom Markt nachgefragten neuen Diensten kommt.

Bei DM 48,– bzw. DM 78,– monatlicher Mietgebühr für ein schwarzweiß bzw. farbiges MULTITEL kann das Marketing der DBP noch so gut sein – ein Massendienst mit schnell wachsenden Zuwachsraten läßt sich so nicht aufbauen.

Für das schnelle Einführen neuer Teledienste gelten andere Gesetze, die in die Richtung tendieren, die Lampe verschenken, das Öl verkaufen. Wir müssen erkennen, daß für das schnelle Ingangsetzen neuer ISDN-Massendienste die nachfrageorientierten Marktmechanismen versagen und andere Wege gesucht werden müssen, die vorhandenen Hürden zu überwinden.

Herr Burkhart leitet sein Statement ein mit der Feststellung, daß wir im Zeitalter der Kommunikation leben und daß die Menschheit noch nie so viele Möglichkeiten hatte, sich zu verständigen, wie heute.

In dieser Entwicklung spielt die Deutsche Bundespost als Träger des Fernmeldewesens eine Schlüsselrolle. Sie hat einen Infrastrukturauftrag, der sie verpflichtet, den Bedarf an Fernmeldediensten überall in gleicher Qualität und zu gleichen Bedingungen zu befriedigen. Sie hat die Telekommunikationsmöglichkeiten zu realisieren, die der Markt verlangt.

Ich meine, die Deutsche Bundespost hat sich dieser Aufgabe in den zurückliegenden Jahren mit Bravour entledigt. Sie hat technische Entwicklungen und Ausbaustrategien auf den Weg gebracht, die teilweise bis in das nächste Jahrtausend reichen. Mit ihren Rekordinvestitionen war und ist die Bundespost der Innovationsmotor unseres Fernmeldewesens und unserer Volkswirtschaft.

Im internationalen Vergleich liegt unsere Post weltweit mit an der Spitze, ja, seit Jahren fährt sie sogar immer häufiger auf der Überholspur. Gleichwohl ist die Umwelt für die Post rauher geworden. In dem Feld, in dem die Post sich bewegt, haben sich die Spannungen verschärft. Fast wöchentlich wird das Tun der Post kritisch kommentiert in Presse, Literatur, in Fachausschüssen und Diskussionsveranstaltungen. Der Ruf nach Privatisierung, nach Liberalisierung und nach Trennung von Post- und Fernmeldewesen hallt lautstark durch die Lande. Da drängt sich natürlich die Frage auf, ob all' dies auf sachwidriges oder zumindest ungeschicktes Operieren des gelben Riesen zurückzuführen ist.

Ich glaube indessen nicht, daß eine solche Unterstellung gerecht wäre. Die perma-

nente Kritik an unserer Post muß also andere Ursachen haben. Ich will einmal drei Thesen aufstellen:

- *Kritisches läßt sich bekanntlich leichter schreiben und sagen als etwas Lobendes.*
- *Die Kritik an der Post hat ihre Hauptwurzel in der generellen Auffassung, daß die Marketingleistungen öffentlicher Betriebe hinter denen privater Unternehmen zurückbleiben.*
- *Die Erwartungen an die Post sind je nach Interessenlage völlig unterschiedlich. Einig sind sich jedoch alle in der Forderung, daß die Post als großherziger, wohlsituierte Butler der Nation alle Wünsche zu erfüllen habe.*

Und gerade diese Bundespost hat in den vergangenen Jahren gewaltige Anstrengungen unternommen, um die hohe Qualität unseres Fernmeldewesens zu erhalten und das Dienstleistungsangebot bedarfs- und kundengerecht fortzuentwickeln.
Hier die Fakten:

Das bundesdeutsche Telefonnetz ist mit rund 40 Millionen Sprechstellen mittlerweile zum drittgrößten Netz in der Welt angewachsen. Mehr Sprechstellen gibt es nur in USA und Japan. Daß sich hinter der Zahl von 40 Millionen Telefonapparaten eine große Dynamik verbirgt, läßt sich unschwer erahnen, wenn man sich erinnert, daß wir 1958 in unserem Lande gerade 5 Millionen Sprechstellen registrieren konnten.
Unser bewährtes Telefonnetz hat sich obendrein als solide Basis für viele neue Dienstleistungen erwiesen.
Beispielhaft werden Bildschirmtext, Telefax, Temex, Service 130, Anrufweiterschaltung, Mailbox genannt.
Ich weise auf jene Entwicklung hin, die nach Meinung vieler Experten mittelfristig als die bedeutendste Innovation auf dem Gebiet der Telekommunikation anzusehen ist: Ich meine die Digitalisierung unseres Telefonnetzes und die evolutionäre Weiterentwicklung zum diensteintegrierenden Netz ISDN. Für den Benutzer wird das integrierte Netz zur elektroni-

Altersvorsorge, Versicherungen, Bausparen und Investment.

Durchblicken. Fürsorgen.

Wer durchblickt,
läßt seine Kinder nicht ohne
zusätzlichen Schutz.
Eine VÖDAG-Unfallversicherung
zum günstigen Spezialtarif für
den Öffentlichen Dienst schützt
überall, rund um die Uhr.
Es lohnt sich, einmal nachzufassen. Der Iduna-Fachmann berät Sie. Genau abgestimmt auf Ihren persönlichen Rahmen.

Weitere Informationen: Iduna, Abt. IS (E), Postfach 30 27 61, 2000 Hamburg 36. Oder unter „Iduna" in Ihrem Telefonbuch.

IDUNA
Immer der richtige Rahmen

O.O.P.&P. HAMBURG · M 72

schen Wundertüte, die Perspektiven eröffnet, die derzeit nur erahnt werden können.

Ich verweise auch auf den Einsatz der Glasfaser als Übertragungsmedium der Zukunft. Schon heute verläuft eine Glasfaser-Fernstrecke quer durch Deutschland; sie wird in den kommenden Jahren lokale Glasfaser-Overlay-Netze untereinander verbinden.

Es ist heute unbestritten, daß die Bundespost mit den beiden eben genannten Basisinnovationen — ISDN und Glasfaser — weltweit eine Spitzenposition einnimmt. Beide Entwicklungslinien führen bis zum Ende dieses Jahrzehnts zu einem einstweiligen Höchstand der technischen Innovationsrate.

Die Entscheidung der Post, Kabelfernsehnetze großflächig und gezielt auszubauen, hat sich längst als goldrichtig erwiesen. In unglaublich kurzer Zeit ist das Dienstleistungsangebot „Kabelfernsehen" zum zweitgrößten Dienst unseres Fernmeldewesens angewachsen.

Und nun zu den Mehrwertdiensten, meist als VANS — Value Added Network Services — bezeichnet. Gemeint sind Informationsleistungen auf der Basis von Fernmeldediensten, die über das reine Übertragen von Informationen hinausgehen; Beispiele von Mehrwertdiensten sind Servicerechenzentren, Electronic Mail, Warenbestellung usw.

Nun wird die Existenz von VANS weltweit als Synonym für die Liberalität bei Nutzung von öffentliche Fernmeldenetzen verwendet. Andererseits wird in der nationalen und internationalen Diskussion über das Fernmeldewesen in der Bundesrepublik immer wieder der Eindruck erweckt, daß das Fernmeldemonopol der Bundespost die Einführung solcher Dienste behindere. Da wird behauptet, daß es in unserem Land wegen restriktiver benutzungsrechtlicher Bedingungen keine Möglichkeiten für private Anbieter gibt, neben der Bundespost Mehrwertdienste anzubieten. Diese Einschätzung ist indessen falsch. Tatsächlich gibt es in der Bundesrepublik ein breites Angebot an Mehrwertdiensten. Sie werden hierzulande sowohl von der Post als auch von Privatunternehmen angeboten.

Ja, wir haben in unserem Land einen Mehrwertdienste-Markt, der in Umfang und Wachstum vergleichbar ist mit Ländern, die einen „deregulierten" Fernmeldemarkt haben. Und ganz im Gegensatz zu Großbritannien und Japan können hierzulande viele VANS auf Wählnetzbasis ohne Lizenz oder Kontrolle betrieben werden. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie gibt es in der Bundesrepublik insgesamt — man höre und staune — mindestens 4195 Mehrwertdienste. Davon werden allein 3175 Mehrwertdienste auf der Basis des Bildschirmtext-Dienstes angeboten. So hat sich Bildschirmtext auch erwiesen als ideales und standardisiertes Trägersystem für neue und private Mehrwertdienste.

Lassen Sie mich noch Stellung beziehen zu den immer wieder lauthals erhobenen Forderungen nach Privatisierung und Liberalisierung.

Das Fernmeldewesen in der Bundesrepublik nimmt auch im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung ein. Die Post hat also überhaupt keinen Anlaß geboten, daß einzelne nach Privatisierung rufen. Die Post hat den Fortschritt gefördert und nicht behindert. Im übrigen leistet die Bundespost mit ihrer Investitionsstrategie einen wesentlichen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Beitrag. Als öffentlicher Auftraggeber sichert die Bundespost über 200 000 Arbeitsplätze in Industrie und Wirtschaft.

Auch eine Einschränkung unseres Netzmonopols verbietet sich meines Erachtens von selbst. Allein das Netzmonopol garantiert die flächendeckende Versorgung zu gleichen Bedingungen. Ohne die solide Basis der Alleinbetriebsrechte für das Netz können langfristige und risikoreiche Vorleistungen in künftige Fernmeldenetze nicht erbracht werden.

Die Beteiligung der Post am Endgerätemarkt ist erforderlich. Durch eine Mitanbieterschaft der Post bei Endgeräten wird eine schnellere Ausbreitung neuer Dienste erwirkt. Wettbewerb wird gefördert, weil dadurch insbesondere eine Marktbeteiligung kleiner und mittelständischer Hersteller sichergestellt wird.

Was die Situation bei den Diensten anbelangt, möchte ich Sie nochmals an meinen Bericht über die Mehrwertdienste erinnern. So kann ich es wohl getrost bei dem Hinweis bewenden lassen, daß die Bundespost schon seit vielen Jahren — schon vor den USA und England — eine pragmatische Zulassungspraxis verfolgt, eine Haltung, die die Bundespost mit der neuen Telekommunikationsordnung konsequent weiterverfolgt.

Ich komme zum Schluß. Die Unternehmenspolitik der Post im Fernmeldebereich ist kein Selbstzweck. Sie geht davon aus, daß die Post bei Sicherung unserer Volkswirtschaft eine besondere Verantwortung trägt. Sie trägt dazu bei, daß unser Land morgen nicht von gestern ist.

Herr Jeromin stellt die unterschiedlichen Positionen heraus:

Prof. von Weizsäcker sieht den Markt im Mittelpunkt, nach Herrn Burkhart kann die DBP eine ganze Menge Innovation bringen, nach Dr. Peters ist die Linie der DBP richtig, aber es muß einiges geändert werden. Herr Jeromin bittet Prof. von Weizsäcker, darzulegen, welche Möglichkeiten der Markt gegenüber dem, was wir haben, bietet.

Herr Prof. von Weizsäcker hält die Argumentation von Herrn Burkhart für nicht ausreichend für den Nachweis, daß das Monopol richtig ist. Er weist auf die in der Informationstechnik führenden Länder Vereinigte Staaten und Japan hin. Dort habe Bedürfnis nach mehr Markt bestanden.

Zur Frage der Mehrwertdienste führt er aus:

Btx sei nur beschränkt einsetzbar. Firmeninterne Mehrwertdienste dürften wegen Postverbotes nicht an Dritte verkauft werden. Dadurch würden große Unternehmen begünstigt. Auch Kleinbetrieben und privaten Haushalten müßte das gleiche Potential an Mehrwertdiensten zur Verfügung stehen. Es seien wesentliche Veränderungen im traditionellen Ordnungsschema notwendig. Die Ausstattung mit Information

DAS RAHMENPROGRAMM DES DELEGIERTENTAGES '87 IN KÖLN

und Kommunikation sei in unserem Land rückständig.
Herr Burkhart nimmt Stellung:
In der Bundesrepublik sei das Bedürfnis nach Kommunikation und Information unterentwickelt. Werbung sei nötig. Personalcomputer seien in USA ungleich mehr verbreitet als bei uns. Das sei ein ursächlicher Punkt für die Verbreitung der Mehrwertdienste und nicht eine falsche Haltung der DBP. Auch Btx wäre verbreiteter, hätte die Post damals die Freiheitsgrade gehabt, die man ihr heute zugestehen will. Er erinnert an die Einführung von Telefax, als der Post 20 % Marktanteil zugestanden wurden, und er stellt die Frage nach den Reaktionen, wenn die Post damals auch noch Btx-Geräte hätte anbieten wollen.
Herr Burkhart stellt die Frage, ob nicht auch Fernmeldeverwaltungen untereinander im Wettbewerb stehen könnten, um ihre Leistungsfähigkeit aufzuzeigen: Automatisierungsgrad, Auslandsselbstwählferndienst, Kostenvergleiche, Engpässe in nationalen Netzen, in die man sich hineinwählt.
Zur Frage der Mietleitungen und VANS gibt er zu bedenken, daß der Markt hier wegen mangelhafter Informationen z. T. erheblich schlechter dargestellt würde, als er in Wirklichkeit sei.
Zum Vergleich Dampfmaschine/Eisenbahn mit Computer/Mehrwertdienste bemerkt Herr Burkhart, daß wohl niemand auf die Idee käme, parallel zum vorhandenen, funktionierenden Eisenbahnnetz ein privates zu errichten.
Herr Jeromin wendet sich an Herrn Prof. Schuringa und Herrn D. Peters:
Wie sehen Sie die internationale Standardisierung und wie die Stellung und das Arbeitsergebnis der DBP?

Prof. Schuringa sieht wegen steigender Entwicklungskosten von Systemen den Zwang zu internationaler Zusammenarbeit, um bei entsprechenden niedrigen Preisen große Märkte zu erreichen. Z. Z. sei der Weltmarkt für Kommunikationssysteme noch durch nationale Märkte geprägt. Aus EG-Sicht begrüßt er den Zusammenschluß von ITT und Alcatel. Weitere sechs bis sieben Firmen hätten hier noch Handlungsbedarf, wobei europäische Lösungen bevorzugt würden.
Dr.-Ing. Peters:
Herr Dr. Schuringa, wir begrüßen die Aktivitäten der EG, wenn sie dazu führen, daß wir die Dinge schneller einführen als bisher. Festzustellen ist, wir brauchen im Vergleich zu Japan und USA viel mehr Zeit im Aufstellen von Systemen und im Realisieren. Und wenn hier seitens der EG Wege gefunden werden, wie die Dinge schneller kommen, sind wir dicht beieinander.
Wir begrüßen auch, daß Sie versuchen, was bisher schwer gelungen ist, die Industrien etwas dichter zusammenzubringen. Sie müssen aber auch die Fernmeldeverwaltungen dichter zusammenbringen:
Er weist dann auf das Unterlaufen des Btx-Standards durch Frankreich hin. Es müßten Wege gefunden werden, daß solche Dinge nicht passieren.

Zum vierten werde der europaweite Markt gebraucht, um bessere Ausgangspositionen auf den Weltmärkten zu haben.
Ich bedauere es, wie gut Standards von der DBP vorbereitet werden und – ich übertreibe – wie schwach dann innerhalb der Grenzen der EG die DBP zu Worte kommt. Ich würde mir wünschen, daß die DBP sich kräftigere Leute erzieht, die dann auch gegenüber Herrn Schuringa und seinen Leuten die Dinge mit Erfolg durchsetzen.

Herr Burkhart gibt zu bedenken, daß man bei verwöhnten, kritischen Kunden, wie in der Bundesrepublik, eine gute Zusammenarbeit zwischen DBP und heimischer Industrie bei der Stabilisierung neuer Systeme nicht unterschätzen möge. Zumindest wiesen bisherige Erfahrungen der DBP in diese Richtung.

Herr Jeromin greift Zweifel an der Organisation der DBP von Prof. von Weizsäcker – der Markt muß frei bleiben und die jetzige Organisation der DBP habe zuviel Monopol – und Prof. Schuringa – die Telekommunikation muß eine eigenständige Rolle haben – auf und bittet um erläuternde Aussagen.

Prof. von Weizsäcker räumt ein, daß eine Zusammenarbeit heimische Industrie/DBP richtig sein möge, aber – objektiv sei das nicht zu klären – es bleibe die Möglichkeit einer Diskriminierung durch ein nationales Monopol.
Eine eklatante Fehlentwicklung, die auf dem Fernmeldemonopol beruht, ist die Tarifentwicklung. M. E. herrscht eine weitgehende Tarifwillkür.
Im Wettbewerb ist es so, daß Preise durch den Wettbewerb bestimmt werden und deshalb den Kosten entsprechen müssen. Tarife eines regulierten Monopols werden politisch bestimmt.
Er sieht wegen überhöhter Tarife, insbesondere über lange Distanzen, eine Diskriminierung im europäischen Markt und eine Behinderung beim Übergang in die Kommunikationsgesellschaft. Eine organisatorische und noch mehr eine finanzielle Trennung von Post- und Fernmeldewesen sei erforderlich. Wenn die Post auf Wettbewerbsmärkten tätig sein wolle, könne sie nicht gleichzeitig Regulator dieser Märkte sein.
Prof. Schuringa sieht bei der DBP eine Kombination von zwei Dienstleitungen, die so verschieden sind, daß sie auch verschieden zu behandeln seien.

Herr Jeromin bezieht die Zuhörer in die Diskussion mit ein.
Ein Zuhörer sieht das von Prof. von Weizsäcker Angesprochene in eine Tarifreform münden. Das Beispiel USA zeige, daß dann Großkunden bevorzugt, Privatkunden um bis zu 40 % mehr belastet würden. Er fragt Prof. von Weizsäcker, ob er bereit sei, dieses offen zu sagen.
Desweiteren wird die Auffassung vertreten, daß man dem Markt nicht soviel Raum, wie von Prof. von Weizsäcker gefordert, geben könne nur des Preises wegen. Die Väter des Grundgesetzes hätten auch Aufgaben, die nicht der Gewalt des Staates unterlägen, in bundesunmittelbare Verwaltung einbezogen.
Es wird gefragt, ob nicht ein Widerspruch in der Aussage von Prof. von Weizsäcker bestehe, daß sich Marktpreise an Kosten orientierten.
Widerspricht die Forderung nach mehr Markt nicht der als beispielhaft genann-

ten, vom Staat subventionierten Multitel-Einführung in Frankreich?
Prof. von Weizsäcker entgegnet, daß bei einer Trennung von Post- und Fernmeldewesen eben die Preise für Briefmarken steigen müßten; aber verringerte Fernmeldetarife kämen über verringerte Kosten der Unternehmen und damit verringerte Preise den Haushalten auch indirekt zugute.
Zum Verhältnis Staat und Markt, möchte er den Markt soweit als möglich eingesetzt wissen. Das Subsidiaritätsprinzip sei auch auf die Post anzuwenden.
Schließlich seien Kostentarife und Marktpreise nicht identisch; aber vom Markt gebildete Preise spiegelten die Kosten noch am besten wider.

Aus dem Zuhörerkreis wird die Frage nach der Notwendigkeit einer Tarifreform auch an Prof. Schuringa und Dr. Peters gestellt. Es werden Widersprüche in der Forderung nach Wettbewerb bzw. nach Konzentration gesehen. Sollte eine Trennung von Post- und Fernmeldewesen nicht auch volkswirtschaftlich betrachtet werden? Es fehlen Konzepte, um zu einer schnellen Akzeptanz neuer Dienste zu kommen.

Prof. Schuringa hält Tarifänderungen für erforderlich. Sie müßten für die Industrie niedriger, aber für Kleinverbraucher noch akzeptabel sein. Zumindest müsse dafür gesorgt werden, daß Kritikpotential hier abgebaut werde.

Zum Wettbewerb bzw. zur Konzentration im Telekommunikationsbereich verweist Prof. Schuringa auf das Beispiel Flugzeugindustrie. Dort sei als Folge nicht zusammenarbeitender nationaler Industrien die Airbus-Industrie entstanden. Im Telekommunikationsbereich sollte es nicht soweit kommen. Im weltweiten Wettbewerb sollten auch europäische Firmen überleben.

Dr. Peters hält die Schaffung einer gemeinsamen Ausgangsposition durch die EG dort für notwendig, wo viel Geld zu investieren ist und niedrige Preise nur über große Stückzahlen zu erreichen sind.
Er begrüßt niedrige Tarife und kritisiert Quersubventionierung und Ablieferung an den Bund. Kostenorientierte Gebühren seien nicht der richtige Weg. Die Systeme von morgen müßten finanziert, neue Dienste inganggesetzt werden können.

Neue Dienste müßten selbst eingesetzt und bedarfs- und zeitgemäß gestaltet sein. Als Beispiel nennt er die Fernsprechauskunft herkömmlicher Art (schlecht) und die Auskunft über Btx (besser), möglichst in Verbindung mit ISDN (noch besser).

Herr Burkhart erinnert an Gebührennachlässe seit 1979. Den Kunden verblieben dadurch sechseinhalb Milliarden jährlich. Beispielhaft wird der Nachlaß von 20 Gebühreneinheiten je Monat mit einer Milliarde genannt. Es partizipierte der Privatmann wie der Geschäftsunternehmer gleichermaßen. Btx sieht er nicht als Flop der Techniker. Die Prognosen wären zu hoch gewesen. Die Zuwachsrate des letzten Jahres betrüge 50 %.
Herr Tenzer macht drei Bemerkungen:

1. Btx ist zu optimistisch prognostiziert worden.
2. Im Rahmen einer Tarifstrukturreform sind Begehrlichkeiten der Privatwirtschaft abzubauen.
3. Der Vielfalt der Mehrwertdienste steht im Grunde eine Standardisierung entgegen, weil es Computerdienste sind, die nicht standardisiert sind. Wir befinden uns auf einer Gratwanderung zwischen Wettbewerbsbereich und der eigenen und der EG-Forderung nach standardisierten Diensten für jedermann:

Er fragt, ob die EG bereit sei, Quersubventionierung aus dem Monopol(Sprach-)bereich in den (Wettbewerbs-)Bereich neuer Dienste zuzulassen.
Prof. Schuringa hält Quersubventionierungen im Grundsatz für zulässig. Er hebt noch einmal hervor, daß die Einführung neuer Technologien Folgen hat für den Personalbedarf. Zur Minderung der Folgen müßten neue Dienste angeboten werden.
Dr. Peters ist mit der bisherigen Diensteentwicklung nicht zufrieden.
Er befürchtet, daß die derzeitige (Btx-) Technik veraltet sei, bevor sie richtig genutzt werde. Er sieht genügend Bedarf für neue Dienste. Es sei aber zu unterscheiden zwischen flächendeckenden Telediensten und im Wettbewerb angebotenen Diensten. Quersubventionierung wird positiv gesehen.
Herr Burkhart sieht ebenfalls Bedarf an neuen Diensten. Er schließt mit einem Zitat von Prof. Witte:
. . . Die deutsche Volkswirtschaft benötigt eine energische, allerdings auch marktbewußte, aber in jedem Falle gesunde, vielleicht manchmal auch lästige Deutsche Bundespost.
Herr Jeromin bedankt sich bei den Mitgliedern des Podiums.

Vergiß Leprakranke nicht!

DAHW
Deutsches Aussätzigen-Hilfswerk e.V.

Spendenkonto: 9696
Postscheck Nürnberg (BLZ 760 100 85)
Städt. Spark. Würzburg (BLZ 790 500 00)

DAS RAHMENPROGRAMM DES DELEGIERTENTAGES '87 IN KÖLN

Zu jedem Delegiertentag gehört ein Rahmenprogramm, durch das den Besuchern ein Eindruck von der gastgebenden Stadt und der Landschaft, in die sie eingebettet ist, vermittelt werden soll. Die Organisatoren des Delegiertentages in Köln standen vor dem Problem, in drei Tagen nicht nur einen Eindruck von der Gegenwart, sondern auch von der Geschichte und kulturellen Bedeutung einer alten und traditionsreichen Stadt zu vermitteln. Es ließ sich nicht vermeiden, einen nur flüchtigen Einblick zu geben.

Begrüßungsabend am 06. Mai

Köln ist u. a. eine Stadt des Karnevals. Die Gäste erwarteten daher mit Recht, daß ihnen eine karnevalistische Einlage geboten wurde. Beim Begrüßungsabend, der im Kasino des Fernmeldeamtes 2 Köln stattfand, traten deshalb die „Paveier" (das bedeutet Straßenpflasterer) auf, eine junge Gruppe, die die Gäste eine Stunde lang mit ihren Liedern (u. a. dem bekannten „Volkslied" „Heut' brennt mein Iglu . . .") unterhielt und in Stimmung brachte. Der begeisterte Beifall zeigte, daß die Gruppe angekommen war.

Fahrt nach Brühl am 07. Mai

Die Erzbischöfe von Köln waren Jahrhunderte lang nicht nur oberste Bischöfe des Erzbistums Köln, sondern gleichzeitig auch weltliche Herren des Kurfürstentums Köln, das bis zum Einmarsch der französischen Revolutionstruppen im Jahr 1794 bestanden hat. Aber schon seit dem Jahr 1288 durften die Erzbischöfe nicht mehr in Köln residieren. Sie bauten deshalb ihre Schlösser in Bonn und Brühl, beides Städte, die zum Kurfürstentum Köln gehörten. Bonn haben die Delegierten und ihre Begleiter im Jahr 1984 kennengelernt. In Brühl sollten sie die Schlösser Augustusburg und Falkenlust erleben. Augustusburg, in dem heute Staatsempfänge des Bundespräsidenten stattfinden, entstand als Residenz der Kölner Kurfürsten, während das benachbarte Falkenlust als privates Schloß für die Falkenjagd errichtet wurde.
In der nahegelegenen Schloßkirche, der 1493 geweihten ehemaligen Klosterkirche der Franziskaner, wurde den Teilnehmern als einer der Höhepunkte des Brühl-Besuches ein eindrucks- und stimmungsvolles, halbstündiges Orgelkonzert im Anblick des imposanten Hochaltars von Balthasar Neumann (1745) geboten.
Den unterhaltsamen Abschluß bildete der Kurzbesuch im Phanatasialand, Europas größtem Freizeit- und Abenteuerparadies mit zahlreichen Attraktionen auf einer Fläche von mehr als 280.000 qm.

Dombesichtigung am 08. Mai

Bei einem Aufenthalt in Köln darf ein Besuch des Domes nicht fehlen. Der Dom ist das Herz der Stadt. Er ist Mitte und Maßstab. Unter sach- und fachkundiger Führung durch die Gattin des Dombaumeisters konnten die Kostbarkeiten des Domes betrachtet werden, deren Prunkstück der Dreikönigsschrein ist, ein Meisterwerk der Goldschmiedekunst aus dem frühen 13. Jahrhundert.
Von besonderem Interesse waren die Ausgrabungen unter dem Dom, bei denen Reste eines römisch-heidnischen Tempels entdeckt worden sind, aber auch Spuren einer frühchristlichen Kirchenanlage, die wahrscheinlich im 6. Jahrhundert erweitert und im 9. Jahrhundert durch den karolingischen Hildebolddom ersetzt wurde.

Gesellschaftsabend in der Flora am 08. Mai

Krönender Abschluß des Delegiertentages war der Gesellschaftsabend in der

BAUFINANZIERUNG

Neubau – Kauf – Umschuldung – Renovierung

FINANZBERATUNG – FINANZPLANUNG

Selbstverständlich können beratende Maßnahmen vermittelt werden.
Sie sollten mehr über Kapitalbildung und Finanzierung von Grunderwerb wissen

NUTZEN SIE UNSERE DIENSTE

Fordern Sie einen Erfassungsbogen an mittels nachstehendem Gutschein
Unsere **SONDERPROGRAMME,** abgestellt auf Ihre persönlichen Voraussetzungen, bringen **IHNEN** erhebliche **Kostenersparnisse!**
Finanzfragen sind mehr als Vertrauenssache. Unsere Resultate können Sie nachrechnen!

Ihr Partner in allen Finanzfragen: **VÖB**

GESELLSCHAFT FÜR VERMÖGENSBILDUNG ÖFFENTLICH BEDIENSTETER mbH
Selbsthilfeeinrichtung der Beamten
Mackenheimer Weg 9, 6942 Mörlenbach-Vö., ☎ **(062 09) 34 87**

GUTSCHEIN

für kostenlose Übersendung unserer Kurzinformationen:
Baufinanzierung richtig gestalten
Neue Steuergesetze für Bau-/Kaufvorhaben
und unverbindliche Beratung über (Gewünschtes bitte ankreuzen):

☐ Allgemeine **FINANZBERATUNG** (Spar-/Anlageplanung)
☐ **SPAREN** (auch mit steuerfreien Erträgen für spätere Baufinanzierung)
☐ **DARLEHENSAUFNAHME** (Bank, Bausparkasse, Hypothekenbank, Versicherung)
☐ **Unterschiedliche Tilgungsarten** (Tilgungsplanung bestehender Bauschulden)

Adresse: siehe Absender, ☎ . . . . . / . . . . . .

Phantasialand

Das „1188-Ballett"

Flora. Das ehemalige Palmenhaus, dem Londoner Glaspalast nachempfunden, wurde im 2. Weltkrieg schwer beschädigt, aber bald darauf von der Familie der heutigen Inhaber wieder instandgesetzt. 1979 restaurierte schließlich die Stadt Köln mit großem Aufwand, weitestgehend im alten Stil, die Flora-Festsäle.

Rund 170 Damen und Herren waren der Einladung gefolgt und verbrachten einen vergnüglichen Abend bei Tanz und Unterhaltung. Wegen der guten Stimmung wurde auf Wunsch der Gäste das Ende um eine Stunde hinausgeschoben.

Viel Applaus erhielt das bereits von Fernsehauftritten und anderen Veranstaltungen bekannte „1188-Ballett", junge Damen der Fernsprechauskunft des FA Mönchengladbach unter Leitung ihrer Stellenvorsteherin, Frau Zander. In ihren selbstentworfenen und -geschneiderten Kostümen bewiesen die Damen trotz der etwas holprigen Beschallungsanlage ihr Können.

Für das leibliche Wohl war ein ausgezeichnetes kaltes Buffet aufgebaut und da die Gastronomie die bestellte Suppe zunächst vergessen hatte, gab es dafür noch eine „Mitternachtssuppe". Mit einem Medley von Willi-Ostermann-Melodien, bei dem der Bezirksvorsitzende, Herr Hoffmann, am Mikrofon den Solopart übernahm, ging der Abend zu Ende. Rundum eine gelungene Veranstaltung.

Volker Drescher, Karl Hoffmann, Jürgen Sommer

KLEINE ANMERKU

Jean J
„Der

Ein Uralt-Grüner, Jahrgang 1712, aber einer, der nie politisch agiert hat und trotzdem einer der aufregendsten Köpfe seines Jahrhunderts war, vielleicht so folgenreich wie Karl Marx. J. J. Rousseau ist zumindest einer der wesentlichen Wegbereiter für Revolution und Romantik. Er selbst war ein „Alternativer" im wahrsten Sinne des Wortes, er paßt in kein Konzept, er hätte nicht einmal in sein eigenes gepaßt, wenn er eines gehabt hätte, vor allem paßt er nicht in die damalige „Aufklärung". Gelernt oder studiert hat er im formellen Sinne eigentlich nichts, er war Autodidakt und hat einfach nur so vor sich hingelebt, ein unruhiger, rastloser Kopf, ein Taugenichts, ja, der klassische Taugenichts, ein Vorbild für den viel harmloseren von Eichendorff. Seine Lehre ist die Art, wie er gelebt hat und das, was ihn gelehrt hat, ist eigentlich nichts anderes als sein Leben. Beruflich hat er es nie weitergebracht als zum schlechtbezahlten Notenkopisten. Und doch, eine sehr erfolgreiche Oper „Der Dorfwahrsager" hat er selbst komponiert, ein Musiklexikon hat er verfaßt, einen Roman geschrieben „Die neue Heloise" (1761), der neben dem späteren „Werther" von Goethe (1773) der Superbestseller des Jahrhunderts war und Generationen von Mädchen- und Jünglingsherzen schmachten ließ. Von diesem Briefroman ging in Wirklichkeit sein Ruf aus: „Zurück zur Natur!" Dann stammen von ihm das Erziehungsbuch „Emile", die hohe Schule der nichtautoritären, natürlichen Erziehung und schließlich noch seine Schrift vom „Gesellschaftsvertrag", die den Herrschern ihren „gottgegebenen" Herrschaftsanspruch streitig machte. Sieht man solche Werke im Überblick, dann muß man sich fragen, wo denn da der gemeinsame Nenner liegt, die große Linie.

Eben diese Linie hat es bei Rousseau — vordergründig gesehen — nicht gegeben. Er war und blieb unstet. Seiner

UNGEN ZU GROSSEN DENKERN

'acques Rousseau:
Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten"

Heimat Genf und seinem reformierten Glauben wurde er untreu. Beides floh er mit 15 Jahren nach einer angefangenen Lehre als Graveur. Auf der Wanderschaft in Turin wurde er katholisch. Aber auch diesem Glauben ist er nicht treu geblieben, mit 42 Jahren, noch vor seinen Hauptwerken, kehrte er zum Calvinismus zurück, sonst hätte er sich nämlich nicht „Bürger von Genf" nennen dürfen und darauf war er stolz, was ihm seine Genfer allerdings nicht dankten.

Seinen Wohnsitz wechselte er unzählige Male und natürlich auch die Gönnerinnen, die sein Leben mitgestalteten, wenn auch die Bindung an zwei Frauen dauerhaft blieb. Eine von ihnen, Thérèse, seine Haushälterin und Geliebte, heiratete er sogar als er 56 Jahre alt war. Er hatte sich das bis dahin immerhin 23 Jahre lang überlegt, so lange lebte er nämlich vor seiner Hochzeit schon mit ihr. Aus diesem Verhältnis waren nach Rousseaus eigenem, unbeglaubigtem Geständnis 5 Kinder hervorgegangen. Da es damals noch keine wirksame Empfängnisverhütung gab, ließ er die unerwünschten Geschöpfe gleich nach der Geburt vor einem Findelhaus aussetzen. Er hatte sich weder Geschlecht noch Geburtstag notiert. Also auch die Kinderfeindlichkeit ist keine Mode, die erst in unseren Tagen aufgekommen ist. Allerdings in seinen Schriften hielt er sich gar nicht für kinderfeindlich, denn schließlich hat er ja die Erziehung des „Emile" mehr als ausführlich beschrieben.

Vorbild für Emile: Rousseau selbst. Er, der als Erzieher zweier frecher Buben einst gescheitert war, war selbst nie erzogen worden, denn seine Mutter war bei der Geburt gestorben und der Vater, ein Genfer Uhrmacher, hatte nicht viel Zeit für ihn gehabt. Rousseaus Erziehungsideal: Nichtautoritäre, natürliche Erziehung durch Gespräch, Zuwendung, Beispiel, Vorbild, Lebenserfahrung, aber nicht durch Zucht und Gewalt. Dazu kam bei Rousseau ein ganz neues Verhältnis zur Natur. Eine Kostprobe aus seinen „Bekenntnissen" (dem vielleicht offensten und aufregensten Memoirenwerk der Weltliteratur): „Das Morgenrot schien mir eines Tages so schön, daß ich mich rasch in meine Kleider warf und eilte, ins Freie hinauszukommen, um die Sonne aufgehen zu sehen. Ich genoß dies Schauspiel in seinem ganzen Zauber; es war die Woche nach Johanni. Die Erde prangte in ihrem vollen Schmucke, bedeckt mit Blumen und Kräutern . . . alle Vögel, die vom Lenz Abschied nahmen, sangen die Geburt eines schönen Sommertages . . ." Mit solcher Sprache drang Rousseau mittenhinein in das gestelzte und gepuderte Rokoko. Aber dies war nicht sein einziger Einbruch in eine hinter den Fassaden brüchige Welt. Sein Buch „Vom Gesellschaftsvertrag — oder Grundsätze des Staatsrechts" konnte nur einer schreiben, der zeitlebens — von Episoden abgesehen — kein staatliches Amt hatte, der auch nie Rechts- und Staatswissenschaft studiert hatte. Rücksichtslos fing er gleich das 1. Kapitel mit diesem Satz an: „Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten. Einer hält sich für den Herrn der anderen und bleibt doch mehr Sklave als sie. Wie ist dieser Wandel zustandegekommen? Ich weiß es nicht. Was kann ihm Rechtmäßigkeit verleihen? Diese Frage glaube ich beantworten zu können." Aber die Schrift enthielt noch weiteren Zündstoff. Unter der unsichtbaren Herrschaft des Königs Ludwig XV. schrieb Rousseau, der damals schon längst in der Gegend von Paris wohnte: „Wenn man untersucht, worin das höchste Wohl aller genau besteht . . . so wird man finden, daß es sich auf jene zwei Hauptgegenstände Freiheit und Gleichheit zurückführen läßt . . . weil die Kraft der Dinge stets dazu neigt, die Gleichheit zu zerstören, muß die Kraft der Gesetzgebung stets versuchen, sie aufrechtzuerhalten."

Rousseau, der im Umgang mit Menschen viel zu ungeschickt und naiv war, um sich als Kämpfer zu betätigen, starb 1778, also 11 Jahre vor Ausbruch der französischen Revolution.

Frieder Lauxmann

AM ANFANG WAR ES NOCH EIN WORT

Vielleicht erinnert sich jemand noch an jenes riesige Wortungetüm, das die museumswürdige „Donaudampfschifffahrtsgesellschaftskapitänsmütze" bezeichnet. Mit 47 Buchstaben stellt es doch ein Wortmolekül dar, das in seiner Länge sicherlich nicht so leicht zu übertreffen ist. Trotzdem hat dieses Wort noch einen unschätzbaren Vorteil, nämlich den, daß man sich die Mütze des Kapitäns, der bei dieser genannten Gesellschaft beschäftigt ist, ziemlich genau vorstellen kann. Hinzu gesellen sich vielleicht sogar Bilder von den am Kapitänsauge vorüberziehenden Städten, wie Regensburg, Passau, Linz, Kloster Melk, Wien, Budapest, Belgrad oder von den wechselnden, anmutigen Landschaften, wie die Wachau und das Eiserne Tor, um nur einige zu nennen. Auch wenn man diese Gegend nicht kennt, hat man doch wahrscheinlich genügend Phantasie, sich entsprechende schöne Bilder auszumalen.

Um wievieles schwerer tut sich jedoch der Zeitgenosse, der in Veröffentlichungen, Vorträgen oder Politikerdebatten mit Begriffen wie „schlüsseltechnologieverdächtiger Produktionsfortschritt", „innovationspolitisches Durchdringungspotential" oder technologietransferbedingte Benutzeroberfläche" konfrontiert wird. Zugegeben, bei diesen eben genannten Wortverbindungen wurde bei der Zuordnung von Adjektiv und Substantiv etwas nachgeholfen, um das Problem etwas „anschaulicher" zu gestalten. Denn gar so massiert treten diese Wortungetüme gottlob doch nicht immer auf.

Aber die folgenden Ausdrücke sind keineswegs erfunden: „Subsystem-Administration", „Implementierungspotential", „Polarisierungshypothese", „Deregulierungstheoretiker", „Wagniskapitaldiskussion" und „Freisetzungshypothese".

In der neuesten Ausgabe des Dudens von 1986, der doch immerhin eine gesicherte und anerkannte sprachliche Grundlage bildet, ist keine der erwähnten Wortkombinationen enthalten,

auch wenn es dort im Vorwort heißt, daß gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen, wissenschaftlicher und technischer Fortschritt zu neuen Wortschöpfungen führen, die eine Aktualisierung des Dudens in bestimmten zeitlichen Abständen unerläßlich machen. So bleibt zunächst nichts anderes übrig, als auf die nächste Überarbeitung dieses Standardwerkes zu warten und sich bis dahin an den dargebotenen Kunststücken der Sprachakrobatik zu erfreuen.
Zwei Tatsachen lassen sich dabei feststellen. Die Länge der neuen Wortschöpfungen nimmt ständig zu. Sie erinnern an gewisse Kunststoffe, die auch endlos lange Faserketten in ihrer Molekularstruktur bilden. Zum zweiten werden die Wörter immer abstrakter und lassen sich kaum noch in ein anschauliches Bild umwandeln.

„Am Anfang war das Wort". So steht es geschrieben im Evangelium des Johannes. Doch schon Faust kam damit nicht mehr zurecht. Ihm sagte das Wort allein nicht genug aus. In seiner Übersetzung formte er es, begleitet von dem Knurren des mephistophelischen Pudels, nacheinander um in die Begriffe „Sinn", „Kraft" und „Tat". Er ahnte dabei freilich nicht, daß er sich dadurch immer mehr vom eigentlichen Menschsein entfernte. Das Wort, die Sprache sind nur dem Menschen eigen. Beim Sinn finden wir die oft sehr viel besser und spezialisierter ausgebildeten Sinne des Tieres wieder. Die Kraft steckt in jeder Pflanze. Bemerken wir doch manchmal mit einiger Verwunderung, mit welcher erstaunlichen Kraft sich ein kleines Pflänzchen durch eine Asphaltdecke drängt. Und letztlich ist alles, was mit der Tat zusammenhängt, im rein Materiellen, Stofflichen enthalten. Ein schrittweises Verlassen des Menschlichen wird bei dieser Prozedur Fausts vollzogen.
Heute erleben wir einen ähnlichen Prozeß, jedoch genau umgekehrt. Das Wort bleibt als solches erhalten, bzw. es wird neu aus vorhandenen Wörtern zusammengestellt oder umgebildet. Ein eigentlicher erkennbarer Sinn ist jedoch kaum mehr vorhanden. Es steht quasi als eine getroffene Vereinbarung dar, die jeder hinnehmen muß.
Eine Kraft ist nur noch scheinbar vorhanden, eigentlich nur bedingt durch eine mehrfache Wiederholung, um überhaupt in das Bewußtsein der Zuhörer zu gelangen. Bleibt übrig, was sie als Tat bewirken. Hier fallen einem oft nur Goethes Worte ein:
„Der Worte sind genug gewechselt,
Laßt mich auch endlich Taten sehn!"
Was bleibt schließlich von den neuen Wortgebilden noch übrig? Leere Worthülsen, vielleicht verwendbar für eine Sprechblase, für eine zwar wortreiche, aber nicht mehr zündende Debatte, für rein intellektuelle, aber nicht mehr zu Herzen gehende Mitteilungen.
Auch hierfür findet Mephisto die passenden Hinweise.

„Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.
Mit Worten läßt sich trefflich streiten,
Mit Worten ein System bereiten,
An Worte läßt sich trefflich glauben,
Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben."

Dieses Jota ist besonders wichtig bei den Wörtern der „nächsten Generation", d. h. bei denjenigen Wörtern, die neu und kühn erzeugt werden, künstlich in der Retorte, zusammengesetzt aus Abkürzungen, Begriffe bildend, die sich in die Hirne einprägen sollen.

Bei manchen dieser Sprachschöpfungen ergeben sich spontane Gedankenverbindungen, die allerdings häufig in eine falsche Richtung führen. So ist DELKOS keineswegs eine griechische Insel, PERSIS hat nichts mit einem antiken Helden oder mit einem sagenumwobenen Gott zu tun, EPOS ist alles andere als ein dramatisches Werk, auch wenn hier das Zustandekommen nicht ohne eine gewisse Dramatik verläuft.

NAVIS hat zu Schiffen überhaupt keine Beziehung, REBELL erweist sich als eine durchaus friedliche Übertragungstechnik. GEDAN und REPROV sind in dieser Form weder verstümmelte Wortfetzen noch falsch geschriebene Namen. Diese Schreibweise ist völlig richtig.
Manchmal ist es ganz amüsant, diese Wörter einmal rückwärts zu lesen. Da schimmert dann plötzlich ein Opal in der LAPO oder Ovid läßt auf die vielen technischen Metamorphosen der DIVO schließen.
Nur am Rande wollen wir die Buchstabenzusammenstellungen streifen, denen jeglicher Sinn und jegliche Kraft verloren gegangen sind. Als ein Beispiel für viele sei die Kombination „AusstAnwWerkstAbEMech" genannt, die jetzt allerdings durch den Begriff „Richtl TAust Mech" ersetzt wurde. Solche Wörtchen wirken wie schnell wachsendes Unkraut, das man schleunigst mitsamt der Wurzel ausreißen möchte. Bloß es wächst von der Sorte zuviel nach.
Ein wenig makaber scheint es schon zu sein, wenn auf manchen Parabolantennen der Name „SatAn" darauf hinweist, daß vielleicht so manche Programme, die laut Werbung „vom Himmel kommen", nun nicht gerade engelischer Art sind.
„Den Teufel spürt das Völkchen nie,
Und wenn er sie beim Kragen hätte."
So erliegt eben doch der eine oder andere den Versuchungen, auf diese Art und Weise „mehr erleben" zu wollen. Das soll jedoch keinen Antiverkabelungserwartungshorizont (dieses Wortungetüm hat hier Premiere) hervorrufen; denn schließlich hat jeder mündige Bürger, auf den die Politiker immer wieder hinweisen, jederzeit die Möglichkeit, das für ihn richtige Knöpfchen zu drücken, und sei es auch die Aus-Taste.
Einer weiteren Generation von Wortbildungen soll unsere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Diese Wörter erscheinen zunächst freundlich und wohlklingend. Hinter ihnen verbirgt sich aber oft etwas ganz anderes.

So galt es lange Zeit bei manchen Medien als selbstverständlich, von einer „militanten Gruppe" zu sprechen,

wenn in Wirklichkeit von einer „kriminellen Bande“ die Rede sein müßte. So klingen auch „biologische“ Waffen durchaus humaner und umweltfreundlicher als der treffendere Begriff der „bakteriellen“ Zerstörungswerkzeuge. Auch die „Neutronenbombe“ ist ziemlich nichtssagend.

Bei einer „Ratio-Maßnahme“ vermutet jeder, daß hier wirklich nur der gesunde, rationale und vernünftige Menschenverstand angewendet wird. Auch käme so leicht niemand auf den Gedanken, ein sogenanntes „Haushaltsstrukturgesetz“ als eine reine Sparverordnung anzusehen. Man sollte überhaupt sehr vorsichtig sein, wenn leichte Strukturveränderungen angedeutet werden. Häufig verbergen sich dahinter recht tiefgreifende Organisationsänderungen. Auch der Begriff „Harmonisierung“ klingt ganz harmlos, fast harmonisch. Daß es hier ans Portemonnaie mit einer Veränderung der Versorgungsbezüge gehen kann, wird man auf den ersten Blick sicherlich nicht vermuten. Recht harmlos nimmt sich dagegen das „Menü“ aus. Hier erkennen wir sehr rasch, daß kaum etwas Eßbares auf den Tisch kommt.

So seien wir also auf der Hut vor jenen manchmal eindrucksvoll klingenden Wortschöpfungen, hinter denen sich häufig nur ein kümmerliches Nichts verbirgt, verpackt allerdings in Seidenpapier. Verfolgen wir lieber in gelassener Erwartung, welche neuen Kombinationsmöglichkeiten in Umlauf gesetzt werden. Oder anders ausgedrückt, denn jetzt können wir uns inzwischen genauso glatt auf dem Parkett bewegen, betrachten wir es für uns als eine persönliche Schlüsselentwicklungsphilosophie, indem wir unser innovationstechnologisches kommunikatives Erwartungspotential auf den adäquaten Projektionshorizont transferieren.

Oder sollte es doch eines Tages wieder so sein, daß aus Wörtern wieder Worte werden?
Horst Plath

FITCE

Vom 31. 08.-05. 09. 1987 fanden die 26. Europäischen Fernmeldetage in Athen statt. M. Carpentier, Präsident der Kommission 13 der EG, war ein gefragter Diskussionspartner im „round table-Gespräch“.

v. r. n. l.: M. Carpentier, C. Dondelinger, Präsident der FITCE
V. Maglaras, OTE Griechenland
D. Orfanoydaki, Vizepräsident der FITCE
H. Gabler, Chairman der technischen Konferenz.

Ein ausführlicher Bericht über die gesamte Tagung erscheint in der nächsten Ausgabe.